

Die Vorsitzende, Frau Rubin, stellte den Antrag der Internationalen Liste anhand der Vorlage vor.

Herr Kammel bemerkte, dass die Idee dieses Antrages durchaus zu unterstützen sei, jedoch in der Form dieser Sitzungsvorlage nicht umgesetzt werden könne, da auch die Stadtverwaltung nach Qualifikation Personal einstellen müsse und es womöglich nach dem Antidiskriminierungsgesetz rechtswidrig sei, sofern nach einer eigens aufgestellten Quote Personal ausgesucht werden würde.

Herr Pasaportis fügte hinzu, dass der Antrag nicht auf eine bestimmte Quote abstelle und dass grundsätzlich sicherlich der Grundsatz der Bestenauslese zu berücksichtigen sei. Es sei jedoch gerade bei den Stellenausschreibungen eine Gleichberechtigung für alle gewünscht, sofern denn auch die gleiche Qualifikation unter den Bewerbern vorläge.

Herr Lübken nahm seitens der Verwaltung Stellung zu dem Antrag. Grundsätzlich sei dieser zu begrüßen, jedoch greife dieser Antrag mit dem vorhandenen Inhalt des Beschlussvorschlages in die Personalhoheit des Bürgermeisters ein. Die Aufnahme einer Zusatzformulierung in Stellenausschreibungen, dass Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund ausdrücklich gewünscht seien, sollte jedoch durchaus möglich sein. Die im Antrag weiterhin dargestellte Ist-Analyse und eine entsprechende Datenerhebung sei aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht zulässig. Gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 Datenschutzgesetz NRW sei das Erheben personenbezogener Daten nur insoweit zulässig, als ihre Kenntnis zur rechtmäßigen Erfüllung der Aufgaben der erhebenden Stelle erforderlich sei. Erhebende Stelle wäre hier die Personalverwaltung. Die Erhebung dieser Daten gehöre jedoch nicht zur rechtmäßigen Aufgabenerfüllung der Personalverwaltung, da diese Daten Rückschlüsse auf bestimmte Personen zuließen. Zudem sei gemäß § 4 des Datenschutzgesetzes NRW die Verarbeitung personenbezogener Daten nur zulässig, wenn das Datenschutzgesetz oder eine andere Rechtsvorschrift dies erlaube oder die betroffene Person selbst eingewilligt habe.

Herr Lübken schlug vor nachfolgende Formulierung als Beschlussvorschlag zu wählen:

Der Integrationsrat bittet die Verwaltung in Stellenausschreibungen folgende Formulierung aufzunehmen: Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund sind ausdrücklich erwünscht.